

Liebe Leserinnen und Leser,



der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen und stellt GRÜNE-Initiativen im Landtag vor.

Diskutiert wurde über die Ergebnisse unserer Großen Anfrage zu den [Lebenslagen von 'allein erziehenden' Eltern und ihren Kindern in Sachsen](#). Wir beschäftigen uns weiterhin intensiv mit der [Situation von Hebammen](#) in Sachsen. Zur [Verhinderung islamistischer Radikalisierung](#) haben wir einen Antrag eingebracht und in der Debatte darauf hingewiesen, wie wichtig Angebote der Jugendhilfe, der Schulsozialarbeit und der Flüchtlingssozialarbeit in diesem Kontext sind. Die unzureichenden [Suchttherapiemöglichkeiten in Sachsens Gefängnissen](#) haben wir thematisiert. Darüber hinaus wurden in den zurückliegenden drei Monaten im Plenum über den [Unterhaltsvorschuss](#), [Kinderarmut](#), über die Frage der [Rentenangleichung](#) und den [Behindertensport](#) debattiert. Ich habe mehrere Anfragen eingereicht, um den aktuellen Stand des [Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention](#) zu erfahren. Anlässlich der Halbzeitbilanz der Großen Koalition hat unsere Fraktion eine [Zwischenbilanz der Regierungsarbeit aus GRÜNER Sicht](#) gezogen. Weitere spannende Themen sind in der neuen Ausgabe unserer Zeitschrift [SaxGRÜN](#) zu finden.

Über Rückmeldungen freue ich mich.

Eine spannende Lektüre wünscht Volkmar Zschocke.

Lebenslagen von 'allein erziehenden' Eltern und ihren Kindern in Sachsen

Die GRÜNE Fraktion hat eine Große Anfrage in den Landtag eingereicht. Die rund 150 Fragen wurden auf über 100 Seiten beantwortet und geben einen umfassenden Einblick in die Lebenslagen von „alleinerziehenden“ Eltern und ihren Kindern in Sachsen.

Die Familienpolitik ist noch immer stark an dem traditionellen Familienbild von Mutter, Vater und Kind orientiert. Doch die Lebensrealität vieler Eltern hat sich verändert: Alleinerziehend zu sein, ist Normalität in Sachsen. Ein Viertel der Familien sind Einelternfamilien. Das bedeutet, die Lebensphase, in der Mütter oder auch Väter allein erziehen, braucht deutlich mehr familienpolitische Aufmerksamkeit. Und dabei ist der Fokus eben nicht auf die Frage zu richten: Warum ist jemand alleinerziehend? Für mich ist die Frage entscheidend: Wie ist das eigentlich zu schaffen? Welche Herausforderungen sind zu bewältigen? Es ist höchste Zeit, Rahmenbedingungen zu entwickeln, in denen alleine zu erziehen kein Makel, kein Lebensrisiko, sondern ein akzeptiertes und im Alltag funktionierendes Lebensmodell ist. Unsere Fraktion hat im Ergebnis der Großen Anfrage einen Entschließungsantrag mit konkreten Handlungsvor-

schlagen eingebracht. Unsere Forderungen haben wir mit dem Sächsischen Landesverband der „Selbsthilfegruppen Alleinerziehender (SHIA) e.V.“ diskutiert und weiterentwickelt.

- [Redebeitrag](#)
- [Hintergrundpapier: Lebenslagen von „alleinerziehenden“ Eltern und ihren Kindern in Sachsen](#)
- [Rückblick zur Live-Stream Diskussion „Alleinerziehende stärken“](#)
- [Flyer](#)

Situation von Hebammen

Die GRÜNEN im Sächsischen Landtag setzen sich seit Jahren dafür ein, dass Hebammen in Sachsen wieder eine Perspektive erhalten, um die Geburtshilfe und weitere wichtige Angebote für Mutter und Kind zu sichern. In den Beratungen des Sächsischen Landtags zum Doppelhaushalt 2017/2018 fand unser Vorschlag für ein „Programm zur Sicherung der Hebammenversorgung“ im Umfang von 175.000 Euro pro Jahr fraktionsübergreifend Zustimmung. Das Programm wird zur Zeit vom zuständigen Sozialministerium erarbeitet. Begleitend haben wir einen „Runden Tisch Hebammen“ ins Leben gerufen, der im März 2017 zum ersten Mal tagte. Der Runde Tisch hat sich mit der aktuellen Versorgungssituation in Sachsen beschäftigt und mit der konkreten Ausgestaltung des Hilfsprogramms, das im Sommer 2017 anlaufen soll. Die Ergebnisse der Fachdiskussion sind in unseren aktuellen Antrag zur Ausgestaltung des Hilfsprogramms eingeflossen. Der wurde mit den Stimmen der CDU-SPD geführten Koalition im Mai im Sozialausschuss beschlossen.

- [GRÜNER Antrag zum Hebammen-Hilfsprogramm](#)
- [Änderungsantrag von CDU, SPD und GRÜNEN zum Hebammen-Hilfsprogramm](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Rückblick Runder Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung“](#)
- [Internationaler Hebammentag 2017](#)
- [Mehr Infos zum Thema Hebammen](#)

Verhinderung islamistischer Radikalisierung

Wir fordern ein zielorientiertes Präventionsprogramm für den Freistaat, das dabei helfen soll islamistische Radikalisierung zu verhindern. Andere Bundesländer, wie Bayern und Hessen, machen es vor. Wir GRÜNEN haben bereits in den Haushaltsverhandlungen Mittel dafür beantragt. Nun haben wir in einem Antrag konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung eines solchen Programms vorgelegt. Wenn Polizei und Staatsanwaltschaft bei islamistischer Radikalisierung eingreifen müssen, ist es in der Regel schon viel zu spät. Am wichtigsten ist, dass der Kontakt mit den Menschen, die auf dem Weg der Radikalisierung sind, aktiv gesucht wird - in der Ju-

gend- und Schulsozialarbeit, in der Gefängnisseelsorge, in den Flüchtlingsunterkünften. Deshalb setzen wir uns mit dem Antrag für mehr aufsuchende Sozialarbeit ein.

- [Antrag: Zielgruppenorientiertes Präventionsprogramm zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung in Sachsen auflegen](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Redebeitrag](#)

Suchttherapie in sächsischen Gefängnissen

Zwei kleine Anfragen unserer GRÜNEN rechtspolitischen Sprecherin Katja Meier haben gezeigt, dass die Justizvollzugsanstalt in Zwickau, die sich derzeit im Bau befindet, familienfreundlich gestaltet werden soll. Doch eine Suchttherapiestation fehlt. Vor dem Hintergrund, dass von den ca. 3.600 Strafgefangenen in Sachsen bis zu 900 als crystalabhängig gelten, sind weitere Therapieplätze dringend geboten. Deshalb fordern wir den Justizminister Gemkow auf, nachzusteuern und im Sinne einer gelingenden Resozialisierung stationäre Suchttherapieplätze auszubauen.

- [Pressemitteilung](#)

Unterhaltsvorschuss

Anlässlich der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes haben CDU und SPD eine aktuelle Debatte zum Thema: „Kinder stärken, Kommunen entlasten, Unterhaltsschuldner heranziehen – Das neue Unterhaltsvorschussgesetz konsequent umsetzen“ auf die Tagesordnung gesetzt. Ich sehe die Ausweitung des staatlichen Unterhaltsvorschusses als einen wichtigen und richtigen Schritt zur Armutsvermeidung. Aber ich habe in der Debatte auch auf Schwachstellen der Reform hingewiesen.

- [Redebeitrag](#)

Rentenangleichung

Das Anliegen der LINKEN zur vorgezogenen Rentenwertangleichung Ost auf Westniveau unterstützen wir GRÜNEN im Grundsatz. Doch der Antrag der LINKEN fordert anstelle einer konsequenten Angleichung eine Höherwertung von Ost-Renten, so lange bis ein gleiches Lohnniveau in Ost und West erreicht ist. Wir GRÜNEN setzen uns für eine konsequente Rentenwertangleichung ein: Ein in Gelsenkirchen verdienter Euro darf doch bei der Rente nicht weniger wert sein als ein in Chemnitz verdienter und umgekehrt. Auch Menschen mit kleine Einkommen und unregelmäßige Erwerbsbiografien haben wir im Blick – in Ost- wie Westdeutschland. Für diese haben wir das Konzept einer Garantierente entwickelt.

→ [Redebeitrag](#)

Kinderarmut

Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit befasste sich der Sächsische Landtag mit dem Thema Kinderarmut. Ich unterstütze die Idee der LINKEN, einen Landesaktionsplan zu entwickeln. Auch wenn viele Stellschrauben zur Vermeidung von Kinderarmut auf der Bundesebene liegen, sage ich klar: Sachsen hat Handlungsspielräume! Diese sollten genutzt werden, im Sinne einer flexiblen Betreuung in Kitas und Schulen, mehr Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Kinder und Familien in schwierigen Lebenssituationen, eine tragfähige Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit und eine Vielfalt an Angeboten sozialer Arbeit. Darüber hinaus braucht Sachsen eine Sozialberichterstattung, die ihren Namen verdient und die Grundlage für richtungsweisende sozialpolitische Entscheidungen bildet.

→ [Redebeitrag](#)

Behindertensport

Eine weitere sozialpolitische Plenardebatte fand im Mai zum Thema Sport für Menschen mit Behinderungen statt. Die Linksfraktion zielte mit einem entsprechenden Antrag auf ein sächsisches Sonderförderprogramm für den Behindertensport ab. Auch ich sehe erheblichen Handlungsbedarf auf dem Gebiet, schlage aber eine andere Herangehensweise vor. Die GRÜNE Fraktion hat einen Änderungsantrag eingebracht. Wir wollen anstelle eines Sonderprogramms eine Überarbeitung der Sportförderrichtlinie des Landes, mit dem Ziel einer Anpassung an die UN-Behindertenrechtskonvention.

→ [Redebeitrag](#)

Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Viele Jahre wurde an einer Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gearbeitet. Anfang 2017 ist nun das neue Bundesteilhabegesetz in Kraft getreten. Doch das beschlossene Gesetz ist an vielen Stellen weit davon entfernt, die in der UN-Behindertenrechtskonvention formulierten Menschenrechte umzusetzen. Ähnlich verhält es sich mit dem sächsischen Landesaktionsplan, der im November 2016 beschlossen wurde. Hier sehen wir GRÜNEN noch erheblichen Nachholbedarf. Ein echter Wille zur Veränderung ist nicht überall erkennbar. Vor diesem Hintergrund habe ich eine Reihe von Kleinen Anfragen eingereicht, die sich mit den Themen Beteiligung, barrierefreie Information und Kommunikation sowie der Datenerhebung, Evaluation und Fortschreibung des Aktionsplans befassen.

- [Kleine Anfrage: Arbeitsgruppe zur landesrechtlichen Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen](#)
- [Kleine Anfrage: Maßnahmen 'Barrierefreie Information und Kommunikation' im Aktionsplan der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention](#)
- [Kleine Anfrage: Evaluation und Fortschreibung des Aktionsplanes der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention](#)
- [Kleine Anfrage: Erhebung von Grundlageninformationen zur Feststellung der Handlungsbedarfe – Aktionsplan der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention](#)

Halbzeitbilanz der Großen Koalition

CDU und SPD haben Anfang Mai die Halbzeitbilanz ihrer Regierungsarbeit in Sachsen vorgelegt. Aus Sicht der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das Ergebnis ernüchternd. Zentrale Herausforderungen werden nicht angegangen. Gerade für die Probleme der gegenläufigen Entwicklung wachsender Städte und schrumpfender Regionen müsste jetzt damit begonnen werden, lebendige Siedlungskerne in Stadt und Landkreisen zu entwickeln, mit kurzen Wegen, generationengerecht und bezahlbar. Mit Versorgung, Dienstleistung, Nachbarschaftshilfe und sozialem Leben in der Nähe. Genau dafür fehlt aber eine ressortübergreifende Handlungsstrategie.

- [Pressemitteilung zur Halbzeitbilanz der Großen Koalition in Sachsen](#)
- [Zwischenfazit der GRÜNEN-Landtagsfraktion](#)

SaxGRÜN

Das Heft beschäftigt sich unter anderem mit der Absenkung von Standards in der Jugendhilfe. Viele weitere spannende Inhalte sind [hier](#) zu finden.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag

Newsletter Soziales & Gesundheit

2/2017 – Juni 2017

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

www.gruene-fraktion-sachsen.de

Volkmar Zschocke

Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher

Telefon: 0351 / 493 48 50

Telefax: 0351 / 493 48 09

[volkmar.zschocke\(at\)slt.sachsen.de](mailto:volkmar.zschocke(at)slt.sachsen.de)

www.volkmar-zschocke.de

Tina Siebeneicher

Parlamentarische Beraterin für Kinder und Jugend,
Familie, SeniorInnen, Soziales und Gesundheit Tele-
fon: 0351 / 493 48 26

[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)

Anne Kobes

Parlamentarische Beraterin für Menschen mit Be-
hinderung

Telefon: 0351 / 493 48 27

[anne.kobes\(at\)slt.sachsen.de](mailto:anne.kobes(at)slt.sachsen.de)

Vi.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes

Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:

[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)